

OBERRHEINRAT – CONSEIL RHÉNAN

PLENARSITZUNG / SEANCE PLENIERE

Montag, 29. Juni 2020/lundi 29 juin 2020

10:00 Uhr / 10h00

Gartenhalle an der Messe Karlsruhe, Festplatz 3

Tagesordnung / Ordre du jour

Beginn: 10:13 Uhr

Schluss: 12:04 Uhr

T a g e s o r d n u n g

1. **Eröffnung und Genehmigung der Tagesordnung**..... S. 1
2. **Genehmigung des Protokolls der Plenarversammlung vom 20. Dezember 2019**..... S. 5
3. **Aktuelle Stunde: Die trinationale Kooperation im Zeichen von Covid-19**
Vorträge: Josiane CHEVALIER, Präfektin der Region Grand Est, Präsidentin der Oberrheinkonferenz
Bärbel SCHÄFER, Regierungspräsidentin Freiburg
Nora KRONIG ROMERO, Vizedirektorin, Schweizerisches Bundesamt für Gesundheit (BAG)
Aussprache
Resolutionsentwurf: „Berücksichtigung der Lebenswirklichkeiten in den Grenzregionen im Falle von Einschränkungen beim Grenzübertritt“
Vorstandsbeschluss: „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit bezüglich Covid-19“ (24.04.2020) S. 6

4. Austausch über eingegangene Stellungnahmen

- 4.1. Resolutionen vom 20. Dezember 2019
- 4.2. Gemeinsames Schreiben ORR/ORK zu den „Missing Links“
- 4.3. Vorstandsbeschluss vom 24. April 2020

5. Vortrag entfällt (Titel: Maßnahmen für den Erhalt der Biodiversität am Oberrhein)

6. Arbeiten und Resolutionsentwürfe des Vorstands

- Resolutionsentwurf: „Maßnahmen gegen den Biodiversitätsverlust grenzüberschreitend weiterdenken“
- Resolutionsentwurf: „Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitskriterien am Oberrhein“
- Vorstandsbeschluss: „Nachhaltigkeit in der Praxis umsetzen: Der Oberrheinrat geht mit gutem Beispiel voran“ (24.04.2020)

7. Arbeiten und Resolutionsentwürfe der Kommissionen

- 7.1. Kommission Landwirtschaft – Umwelt – Klima – Energie
- 7.2. Kommission Verkehr – Raumordnung – Katastrophenhilfe
- 7.3. Kommission Wirtschaft – Arbeitsmarkt – Gesundheit
- 7.4. Kommission Kultur – Jugend – Bildung – Sport.....

8. Verschiedenes

- Jahresbericht 2019

Anwesend

Vorstand/Bureau:

Josef Frey (Präsident)

Daniel Adrian, Rémi Bertrand, Marion Dammann, Claudine Ganter, Hanno Hurth, Theo Kautzmann, Andrea Elisabeth Knellwolf, Joachim Kößler, Frank Scherer, Dr. Christoph Schnaudigel, Wolfgang Schwarz.

Mitglieder/Membres:

Matthias Ackermann, Marco Agostini, Béa Bieber, Anita Biedert, Dr. Fritz Brechtel, Dr. Hans Büttiker, Marion Gentges, Dr. Christoph Hänggi, Kathrin Hasler, Martin Horn, Marianne Horny-Gonier, Toni Huber, Evelyne Isinger, Jürgen Keck, Brigitte Klinkert, Rüdiger Klos, Dr. Ute Leidig, Heinz Lurf, Dr. Frank Mentrup, Gabi Rolland, Barbara Saebel, Heike Scharfenberger, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Dr. Heinrich Ueberwasser, Huguette Zeller, Christian Zimmermann.

Referentinnen/Intervenantes:

Josiane Chevalier, Nora Kronig Romero, Bärbel Schäfer.

Verwaltung/Administration:

Stefan Böhm, Corinne Bourger, Rebecca Braun, Dieter Grünert, Christina Hof, Thorsten Kempermann, Lionel Kinderstuth, Christian Kleinert, Morgane Legrand, Dominique Lorette, Andrea Zechnall.

Gäste/Invités:

Marc Mackowiak, Eddie Pradier, Frank Rotter, Dr. Klaus Schüle, Antonin Simler, Linda Stewart-Smith, Philippe Voiry.

Punkt 1
Eröffnung und Genehmigung der Tagesordnung

Präsident Josef Frey eröffnet die Sitzung um 10:13 Uhr und begrüßt die Anwesenden, insbesondere Frau Präfektin Josiane Chevalier, Frau Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer und Frau Nora Kronig Romero, die Leiterin der Abteilung Internationales sowie Vizedirektorin des Schweizerischen Bundesamts für Gesundheit.

Er weist auf die in Deutschland geltenden Coronaregelungen hin und merkt an, er freue sich, dass trotz der Situation nach langer Zeit wieder der persönliche Austausch möglich sei. Der Sitzungssaal ähnele zwar dem Raum einer Abiturprüfung, die Versammlung solle jedoch nicht als Prüfung, sondern als Vergnügen verstanden werden.

Seit dem Beginn der akuten Gesundheitskrise Mitte März seien viele Gewissheiten plötzlich verloren gegangen, da z. B. Grenzen nur noch „aus triftigem Grund“ hätten überschritten werden dürfen. Dies habe den Alltag der Bürgerinnen und Bürger aus den Fugen geraten lassen. Die letzten Monate stellten auch für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein eine große Herausforderung dar. Gerade in solchen Zeiten sei die grenzüberschreitende Zusammenarbeit besonders wichtig, da sie zur Handlungsfähigkeit der Länder beitrage. Diese Maxime verfolge er auch immer als Präsident. Aber auch die trinationale Solidarität müsse am Oberrhein gelebt werden. Die letzten Monate hätten gezeigt, dass dies am Oberrhein gemeinsam gut geleistet werde. Der Oberrheinrat habe in den letzten Monaten einen aktiven Beitrag zur Lösung der Gesundheitskrise geleistet, indem er den grenzüberschreitenden Kontakt der politisch Gewählten in der Region sichergestellt habe. Als bürgernahes Gremium sei der Oberrheinrat ein wichtiges Bindeglied zur Bevölkerung auf beiden Seiten des Rheins.

In den regelmäßigen Telefonkonferenzen des Präsidiums sowie der vollständig digital organisierten Vorstandssitzung Ende April hätten zentrale Themen diskutiert werden kön-

nen. Der Oberrheinrat habe sich für den Abbau bürokratischer Hürden für Grenzgängerinnen und Grenzgänger eingesetzt, die zwischenzeitlich bis zu vier Passierscheine benötigten, um die Grenze überqueren zu dürfen. Er habe das Einkaufsverbot für Grenzgängerinnen und Grenzgänger stark kritisiert, das zum Teil im Oberrheingebiet weiterhin bestanden habe, und sich ab Mitte Mai dafür ausgesprochen, die Grenzen schnellstmöglich wieder zu öffnen, als sich das Infektionsgeschehen im gesamten Oberrheingebiet bereits stark angenähert habe. Die Kompetenz hierfür liege aber auf der nationalen Ebene.

Für den Umgang mit der Pandemie seien Reaktionen erforderlich, die der tatsächlichen Entwicklung des Infektionsgeschehens entsprächen, und keine nationalen Reflexe. Der gegenseitige Austausch und die guten Kontakte über die Grenzen hinweg würden entscheidend zur tragfähigen persönlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in den Grenzregionen, insbesondere am Oberrhein, beitragen. Daher müssten die notwendigen Lehren aus dieser Krise gezogen werden. In diesem Zusammenhang stellten sich drei wesentliche Fragen, nämlich wie im Falle einer zweiten Welle oder einer neuen Pandemie zukünftig besser reagiert werden könne, wie eine grenzüberschreitende Pandemievorsorge oder Pandemieversorgung aussehen könne und welche Rolle regionale und grenzüberschreitende Krisenstäbe künftig übernehmen könnten, in denen alle Governance-Ebenen vertreten sein sollten. Mit allen Governance-Ebenen müsse gemeinsam daran gearbeitet werden, einen solchen Einschnitt in die Lebensrealität in den Grenzregionen, wie es ihn in den vergangenen drei Monaten gegeben habe, nie wieder eintreten zu lassen.

Er bittet alle Anwesenden um einen Moment des Gedenkens an die in den letzten Monaten verstorbenen Mitglieder des Oberrheinrats, die sich in ihrer Arbeit intensiv der trinationalen Zusammenarbeit am Oberrhein gewidmet hätten:

Jean-Marie Zoellé, Bürgermeister von Saint-Louis und Mitglied des Oberrheinrats; Alain Girny, Präsident von Saint-Louis Agglomération; Pierre Meyer, ehemaliger Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen der Région Alsace; Bernard Stalter, Präsident der Französischen Handwerkskammer und Mitglied des Regionalrats Grand Est.

(Die Anwesenden erheben sich zu einer Schweigeminute von ihren Plätzen.)

Er dankt den Anwesenden und merkt an, er freue sich auf die heutigen Vorträge und Debatten und wünsche allen Anwesenden eine gelungene Plenarversammlung.

Herr Dr. Frank Mentrup: Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Joscha Frey, liebe Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen der trinationalen Zusammenarbeit hier am Oberrhein! Wir sind sehr stolz, vor allem sind wir noch stolzer nach so vielen Monaten, in denen wir uns allenfalls als kleine Bildchen am Bildschirm haben treffen dürfen, dass die Stadt Karlsruhe jetzt Gastgeberin für diese erste große physische Sitzung sein darf. Wir müssen zwar alle Abstand halten und es wird empfohlen, einen Mundschutz zu tragen, wenn man sich durch die Gänge bewegt, aber es ist – so erlebe ich es zumindest – doch wieder ein großer Schritt in Richtung einer normaleren Präsenz und auch einer Zusammenarbeit, die schmeckt, die riecht, bei der man etwas fühlt und nicht nur etwas sieht. Ich glaube, das ist zwischen den Menschen etwas ganz Natürliches und ganz Wichtiges. Deshalb freue ich mich umso mehr, Sie heute auch im Namen der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Karlsruhe – ich darf, glaube ich, den Landkreis auch mit hinzunehmen – persönlich begrüßen zu dürfen.

Ein Oberbürgermeister macht ja immer Werbung für seine Stadt. Ich könnte Ihnen, obwohl die Stadt nur 305 Jahre alt ist – also eine vergleichsweise junge Großstadt, die aber mit über 300 000 Einwohnerinnen und Einwohnern in dieser Zeit zur größten Stadt am Oberrhein geworden ist –, ganz viel erzählen. Ich will es auf zwei kurze Ereignisse reduzieren, die auch etwas mit unserem heutigen Thema zu tun haben. Wir haben vor fünf

Jahren unseren 300-jährigen Stadtgeburtstag gefeiert. Damals war ich auch immer schon gefordert, die Stadtgeschichte in wenigen Minuten auf das Wesentliche zu reduzieren.

Die eine wichtige Entwicklung in unserer Stadt war der Akt der Gründung. Am 17. Juni 1715 ist die Stadt gegründet worden. Der damalige Markgraf von Durlach hatte beschlossen, eine neue Stadt in der Ebene zu gründen, nachdem durch kriegerische Auseinandersetzungen mit Frankreich ein Teil seines Schlosses und auch seiner Stadt Durlach zerstört waren und er ein noch größeres Schloss aufbauen wollte, als er das vorher hatte. Das haben ihm, so sagen die einen Historiker, die Nachbarn verboten, und sie wollten kein Gelände zur Verfügung stellen; die anderen Historiker sagen, er wollte von seiner Frau einen gewissen Abstand gewinnen, um seinen ganzen Liebschaften nachzugehen. Wie dem am Ende auch sei, hat er jedenfalls während eines Jagdausflugs beschlossen – – Während des Jagdausflugs hat er von einer tollen Stadt mitten im Wald geträumt – deswegen „Karlsruhe“: weil er im Wald eingeschlafen war. Am 17. Juni 1715 ist er dann in den Hardtwald gezogen und hat dort den Grundstein für seine Stadt gelegt.

Das Paradoxe an dieser Situation ist – das setzt sich über die ganzen 300 Jahre der Stadtgeschichte fort –: Er ist aus Durlach fortgezogen, hat eine neue Stadt gegründet, um als absolutistischer Herrscher ungestört von seinen Nachbarinnen und Nachbarn und von seiner Frau das Reich so umsetzen zu können, wie er sich das vorstellte. Er hat dann das Schloss in die Mitte gesetzt und 32 Straßen strahlenförmig von seinem Schloss symmetrisch in alle Himmelsrichtungen angelegt. Er wollte so etwas wie ein kleiner Sonnengott sein. Das sollte man auch an seinem Stadtgrundriss erkennen.

Der absolutistische Anspruch auf der einen Seite, aber die Notwendigkeit, dass eine Stadt nicht funktionieren kann ohne die Menschen auf der anderen Seite, haben dazu geführt, dass er am 24. September 1715 den sogenannten Privilegienbrief erlassen hat, mit dem er alle Menschen eingeladen hat, zu ihm zu kommen und seine Stadt aufzubauen. Er hat ihnen Steuerfreiheit, Religionsfreiheit – zumindest in dem damaligen Sinn – zugesichert, er hat ihnen Bauland und Baustoffe zur Verfügung gestellt. Das ist ein wichtiges Merkmal unserer Stadtgeschichte: Man kann, auch wenn man ein absolutistischer Herrscher ist,

nicht etwas bewegen, ohne dass man die Menschen mit positiven Botschaften erreicht und sie auf diesen Weg mitnimmt. Der Aushandlungsprozess zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, die mit einem großen Selbstbewusstsein nach Karlsruhe gekommen sind, und einem absolutistischen Herrscher, der eigentlich eine Stadt gegründet hat, um vor seinen Bewohnerinnen und Bewohnern Ruhe zu haben, diese Ambivalenz, dieser Anachronismus prägt sich durch die ganze Stadtgeschichte. Deswegen haben wir eine Stadtgesellschaft, die immer sehr selbstbewusst zu ihrem jeweiligen Rathaus oder ihrem jeweiligen Schloss kommt und verlangt, dass etwas passieren muss. Das ist ein Stück weit typisch für unsere Stadtgeschichte.

Das Zweite, was man bei 305 Jahren Stadtgeschichte feststellt, ist: Der Stadt ging es immer gut, wenn die Grenze zu Frankreich offen war und es einen regelmäßigen Austausch von Waren, Menschen, Kultur, Wirtschaft und allem gegeben hat; der Stadt ging es immer schlecht, wenn sie zu einer Grenzstadt geworden ist, wenn die Grenzen geschlossen waren. Ihr ging es noch schlechter, wenn es dann auch noch zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit Frankreich kam. Das ist in diesen über 300 Jahren doch immer wieder passiert.

Deswegen gibt es zwei große Erkenntnisse aus unserer Stadtgeschichte: Es tut gut, eine vernünftige Balance zwischen den Menschen sowie dem jeweiligen Staat und der Obrigkeit herzustellen. Nur wenn es hier einen vernünftigen Interessenausgleich gibt, der beiden Seiten eine Entwicklungsmöglichkeit gibt, dann hat eine solche Struktur eine Chance. Die zweite Botschaft ist: Man braucht Europa, man braucht offene Grenzen, um an dieser Stelle in Europa eine gute Entwicklung zu nehmen. Diese beiden Themen beschäftigen uns auch heute; denn wir haben in den letzten Monaten erlebt, dass es wieder Obrigkeit gab, die uns vorgeschrieben hat, wie wir an der Grenze leben sollen, die uns vorgeschrieben hat, was wir tun dürfen und was wir nicht tun dürfen, und die keine Rücksicht auf unsere besonderen Interessen genommen hat, die wir als grenznahe, als grenzüberschreitende Region im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger haben.

Diese Obrigkeit saß nicht in Straßburg, sie saß nicht in Karlsruhe, sie saß nicht in Freiburg, sondern sie saß in Paris, in Berlin und vielleicht auch ein bisschen in Bern. Da müssen wir uns neu aufstellen und sammeln, um hier deutlich zu machen: Wenn es Infektionsgründe gibt, Grenzen einzuziehen, ist es berechtigt, den freien Verkehr auch einmal zu reduzieren; wenn es aber infektionstechnisch keine Gründe mehr gibt, muss man uns so behandeln, wie wir uns innerhalb der Städte, der Regionen in Deutschland, in der Schweiz oder in Frankreich behandelt haben. Es geht darum, dass es selbstverständlich ist, dass Familien zusammenbleiben können, dass man zur Arbeit gehen kann, dass man in seinem Umfeld einkaufen gehen kann. Ob eine nationale Grenze dazwischen ist oder nicht, interessiert uns kulturell eigentlich nicht. Dieses Bewusstsein müssen wir unseren nationalen Regierungen wieder deutlich machen.

(Beifall)

Da bin ich auch beim zweiten Punkt: Ein Europa ohne offene Grenzen, ein Europa ohne ein gemeinsames Verständnis für den Wert von Grenzregionen wird es nie geben. Was es bedeuten kann, wenn das verloren geht, haben wir in den letzten Monaten erlebt. Deswegen ist es heute nicht nur ein guter symbolischer Akt durch unsere physische Präsenz, dass wir uns wieder stärker auf unsere Arbeit konzentrieren, auch wieder als Menschen zusammenarbeiten und nicht als kleine Bildschirmbildchen, sondern es ist, glaube ich, auch ein gutes Symbol, dass wir uns heute genau mit diesen Themen ganz intensiv beschäftigen, dass wir aus dieser Krise klare Forderungen und Vorstellungen ableiten und dass wir versuchen, diese bei unseren nationalen Regierungen möglichst schnell so zu hinterlegen, dass wir bei einer zweiten oder dritten Welle mit anderen Antworten auf diese Herausforderungen bereitstehen, als wir das jetzt in den letzten Monaten machen konnten.

In diesem Sinne: Herzlich willkommen, der Konferenz einen guten Erfolg, gute Ergebnisse und Ihnen und uns allen alles Gute, viel Gesundheit und vor allem: Für Europa.

Vielen Dank.

(Beifall)

Präsident Josef Frey dankt Herrn Oberbürgermeister Dr. Mentrup für seine Worte, die noch einmal deutlich gemacht hätten, dass Herr Dr. Mentrup ein Vollbluteuropäer sei, der viele Erfahrungen teilen könne. So sei Karlsruhe bereit gewesen, viele Patientinnen und Patienten aufzunehmen.

Für die zukünftige Zusammenarbeit setze er vor allem auf die Arbeit der deutsch-französischen Geschäftsstelle in Kehl, die aus dem Aachener Vertrag entstanden sei. Er hoffe, dass sie bald ihre Arbeit aufnehmen, um die möglichen Kommunikationslücken zu kompensieren.

Punkt 2
Genehmigung des Protokolls der Plenarversammlung vom
20. Dezember 2019

Präsident Josef Frey stellt fest, dass keine Bemerkungen zum Protokoll der Plenarversammlung vom 20. Dezember 2019 vorlägen.

Das Protokoll der Plenarsitzung vom 20. Dezember 2019 wird einvernehmlich genehmigt.

Punkt 3

Aktuelle Stunde: Die trinationale Kooperation im Zeichen von Covid-19

**Vorträge: Josiane CHEVALIER, Präfektin der Region Grand Est, Präsidentin der Oberrheinkonferenz
Bärbel SCHÄFER, Regierungspräsidentin Freiburg
Nora KRONIG ROMERO, Vizedirektorin,
Schweizerisches Bundesamt für Gesundheit (BAG)**

Aussprache

Resolutionsentwurf: „Berücksichtigung der Lebenswirklichkeiten in den Grenzregionen im Falle von Einschränkungen beim Grenzübertritt“

Vorstandsbeschluss: „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit bezüglich Covid-19“ (24.04.2020)

Präsident Josef Frey: Die Covid-19-Pandemie hat unseren Alltag in den letzten Monaten stark geprägt und auch den Sitzungskalender des Oberrheinrats beeinträchtigt. Nichtsdestotrotz haben wir den grenzüberschreitenden Kontakt mit digitalen Medien und einer Vielzahl von Telefonaten aufrechterhalten. Die Vorstandssitzung am 24. April fand deshalb nicht wie geplant in Karlsruhe, sondern vollständig als Videokonferenz statt. Aufgrund der außergewöhnlichen Lage haben wir im Vorstand kurzfristig einen Vorstandsbeschluss mit dem Titel „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit bezüglich Covid-19“ gefasst, der Teil Ihrer Sitzungsunterlagen ist.

Im Beschluss wird zunächst dem medizinischen Personal für seinen Einsatz gedankt und die grenzüberschreitende Solidarität am Oberrhein begrüßt, die sich insbesondere durch die Aufnahme von Patientinnen und Patienten in den Nachbarländern ausgedrückt hat. Es wird aber auch auf die Probleme für die Grenzregion hingewiesen, insbesondere durch die Grenzschließungen und die Einschränkungen für Grenzgängerinnen und

Grenzgänger. Es hat sich gezeigt, dass eine tatsächliche grenzüberschreitende Pandemieplanung in diesem Europa gerade im Hinblick auf eine mögliche zweite Welle oder eine neuen Pandemie unbedingt notwendig ist.

Deswegen haben wir heute unsere drei Referentinnen eingeladen. Ich schlage vor, Frau Präfektin Chevalier das Wort zu erteilen, und bitte sie um Ihre Ausführungen. – Frau Präfektin, bitte schön.

Präfektin Josiane Chevalier (Dolmetscherübersetzung): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, vielen Dank, dass Sie uns in Ihrer Stadt willkommen heißen. Es ist eine ganz wichtige Entwicklung, die wir hier gesehen haben, angesichts der Arbeit, die Sie dargestellt haben. Sie sind von größter Bedeutung für diese Stadt. Herr Präsident des Oberrheinrats, ich danke Ihnen ebenfalls für Ihre Willkommensworte.

Meine Damen und Herren Delegierte, es ist mir eine große Freude, eine große Ehre, hier heute wirklich präsent, bei Ihnen sein zu dürfen. Ich habe mein Amt als Präfektin Anfang Februar übernommen. Der Amtsantritt fiel mehr oder weniger mit dem Zeitpunkt des Beginns der Coronapandemie zusammen. Das Coronavirus ist uns mit Wucht begegnet. Herr Präsident, Sie haben bereits darauf hingewiesen: Wir haben eine große Instabilität erleben müssen. Das sagten Sie bereits. Von einem Tag auf den anderen waren wir mit dieser Covid-19-Pandemie konfrontiert. Das war für uns alle natürlich eine sehr schwierige Situation. Ich war in dieser Zeit natürlich sehr stark mit dem Management dieser Krise beschäftigt. Es gab viel Unzufriedenheit beiderseits der Grenze. Das wissen Sie sicherlich. Viele haben nicht verstanden, warum es einer so brutalen Reaktion bedurfte. Es ging auch um den Frieden und die Solidarität in Europa, um die trinationale Kooperation in unserer Region. Das Wiederaufflammen der Grenzen war etwas, was uns sehr schwergefallen ist. Aber es ging darum, unsere Gebietskörperschaften, unsere Gebiete, unsere Bevölkerung zu schützen.

Vielleicht darf ich noch einige Feststellungen treffen. Zunächst einmal müssen wir feststellen: Wir müssen den Austausch zwischen den Gebieten pflegen; wir müssen auch unsere Erfahrungen austauschen können. Unsere Gebiete sind ein gemeinsamer Kulturbereich – und das schon seit Langem. Die Grenzen frei zu überschreiten ist etwas, was wir besonders gefühlt haben, als es nicht mehr möglich war. Die ganze Krise zeigte auch, dass alle wissen wollten, wie die Zusammenarbeit und die gegenseitige Hilfe, die Unterstützung, aussehen kann. Das haben wir sehr schnell in die Tat umsetzen können. Deswegen möchte ich noch einmal unseren Dank an die deutschen und schweizerischen Partner dafür ausdrücken, dass sie so großzügig Patienten aus unseren Kliniken, aus unseren Spitälern aufgenommen haben, die wirklich sehr, sehr krank gewesen sind. Das wollten wir noch einmal unterstreichen. Frau Regierungspräsidentin, wir sind sehr dankbar dafür, dass Sie uns geholfen haben, Plätze in den unterschiedlichen Nachbarregionen zu finden.

Die Bilanz der Krise ohne diese Hilfe wäre sicherlich noch viel schlechter ausgefallen. Betrachten wir die schreckliche Bilanz: Im Elsass gab es viele Todesfälle zu beklagen, sowohl im Haut-Rhin als auch im Bas-Rhin. Die Bilanz der Krise zeugt von der institutionellen Zusammenarbeit, indem wir den europäischen Gedanken mit Leben erfüllen. Das zeigt sich auch in dem Vorstandsbeschluss vom 24. April. Natürlich geht es auch darum, dass wir mit der Oberrheinkonferenz zusammenarbeiten. Am 26. Mai gab es eine gemeinsame Sitzung per Videokonferenz. Es geht wirklich darum, dass sich unsere Zusammenarbeit um konkrete Ziele dreht, dass Unterstützungsmaßnahmen für die Bevölkerung aufgezeigt werden. Es sind wirklich viele Möglichkeiten aufgezeigt worden. Die Krise hat noch einmal demonstriert, wie gut wir zusammenarbeiten können. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wurde auch in der Grand Région zum Thema. Ich habe bereits gesagt: Ich möchte darauf hinweisen, wie wichtig es ist, die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen ganz konkret zu stärken.

In dieser Woche treffe ich die Regionaldirektorin für das Gesundheitswesen in diesem Bereich. Bei diesem Gespräch geht es um die Grundlagen für die Vorschläge. Dies ist ganz pragmatisch. Wir müssen diese Krise überwinden und unserer Zusammenarbeit

neuen Schwung verleihen. In den Bereichen „Forschung und Entwicklung“, Innovation, „Zusammenarbeit im Krankenhauswesen“, Zivilschutz zeigt sich, wie jeder Einzelne diese Krise überwinden kann, managen kann: im Gedankenaustausch miteinander. Wenn wir die gemeinsamen Erfahrungen austauschen, dann ist das etwas, was wir unterstützen müssen.

Es gibt viele Projekte, z. B. die Austausche bei den Sachverständigen der Epi-Rhin im Oberrheingebiet. Das müssen wir unterstützen. Es gibt selbstverständlich noch weitere Zusammenarbeitsfelder. Es geht darum, den Austausch zwischen den Experten der drei Länder zu stärken. Ich freue mich darüber, dass das realisiert werden konnte, dass wir auch das Saarland und Luxemburg mit an Bord nehmen konnten, um grenzüberschreitend Covid-19-Warnsysteme einzurichten. Ich bin froh über die Studie, die wir erstellen konnten. Es geht wirklich um die Legitimität der Arbeit, die in den drei Delegationen anerkannt ist. Das muss auch weiter Unterstützung finden. Wir müssen Interaktionen zwischen den Akteuren und die Zusammenarbeit fördern. Die Konvention ist so, dass wir neue Thematiken aufgegriffen haben, neue Gebiete einbeziehen, wo wir gemeinsame Interessen haben. Diese Kommissionen haben sich beweisen können.

Es geht vielleicht noch darum, zu sagen: Es gibt auch einen Bedarf an weiteren Projekten, die sich schnell z. B. mit der Delegation der Oberrheinkonferenz verabschieden lassen, dass wir hier sagen: Die institutionelle Kooperation wird innerhalb der Krise gestärkt. Die Delegation hat diesen Vorschlag als Jahrespriorität im Arbeitsprogramm 2020 aufgegriffen. Wir wollen unsere Aktivitäten anhand von präzisen Zielen in einem gemeinsamen Rahmen formulieren. Es geht insbesondere um die zeitliche Abfolge und eine Ressourcenteilung für unsere unterschiedlichen Dienste.

Lassen Sie mich abschließend sagen, dass wir als von unseren Bürgerinnen und Bürgern gewählte Vertreter oftmals an Themen arbeiten, die beiderseits oder auf allen Seiten der Grenze identisch sind: Umweltschutz, kurze Wege, Zusammenarbeit im Gesundheitswesen. Wir werden weiter daran arbeiten müssen, konkrete Lösungen und Lösungsvorschläge unterbreiten und uns hörbar machen. Ich höre Ihnen gern zu, um mit Ihnen in

einen Austausch treten zu können. Vielleicht können wir auch gemeinsam Projekte erarbeiten, die ebenfalls beim Wiederaufbauplan in Europa greifen können, insbesondere im Bereich des Gesundheitswesens.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Präsident Josef Frey: Vielen Dank, Frau Präfektin Chevalier. – Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt „ungebremst“ Frau Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer hören. Danach hören wir Frau Kronig Romero. Nach allen drei Rednerinnen treten wir in die Diskussion ein. – Sie sind damit einverstanden.

Wir desinfizieren zunächst noch das Redepult. Dieses Prozedere kennen wir schon aus dem Landtag von Baden-Württemberg. Ich weiß nicht, wie es in den kommunalen Gremien und im Landtag Rheinland-Pfalz ist. Das ist der rote Faden, der sich durch die heutige Sitzung ziehen wird.

Frau Bärbel Schäfer, bitte schön.

Frau Bärbel Schäfer: Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank für die Einladung – und auch für die regelmäßigen Einladungen. Sie haben es gesagt: Ich darf wirklich regelmäßig Gast des Oberrheinrats sein. Ich glaube, diese enge Vernetzung unserer unterschiedlichen Gremien ist eine große Stärke am Oberrhein und hat sich auch in dieser Krise bewährt. Sie kennen den Spruch mit den drei Ks: In der Krise Köpfe kennen. Ich glaube, das war für uns hier in der Region sehr wichtig. Wir hatten alle unsere E-Mail-Adressen, wir hatten unsere Handynummern, und wir konnten uns auf kurzem Weg informieren, Fragen stellen oder unsere Bitten anbringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vieles liegt hinter uns seit dem Beginn der Krise im März dieses Jahres. Aber vieles liegt auch noch vor uns; denn wir dürfen – obwohl wir ein wenig aufatmen können – nicht vergessen: Wir sind eigentlich noch mittendrin. Wir sehen an der einen oder anderen Stelle, wie schnell die Infektionszahlen auch wieder in die Höhe steigen können. Dennoch ist es wichtig, diese auf jeden Fall bestehende Atempause zu nutzen, um einen Blick nach vorn zu richten auf das, was wir in dieser gemeinsamen Situation und in Zukunft gemeinsam erreichen möchten. Ich glaube, dazu ist es sehr wichtig, dass wir uns ehrlich machen, dass wir ganz kritisch und ganz offen schauen, was gut gelaufen ist und was nicht gut gelaufen ist. Das können wir auch selbstbewusst machen, denn vieles ist wirklich sehr, sehr gut gelaufen, vieles hat gezeigt, wie eng wir miteinander verbunden sind und wie wir uns gegenseitig stützen können. Aber vieles ist auch passiert, von dem wir gedacht haben – wir haben es schon mehrfach gehört –, wir hätten es eigentlich endgültig hinter uns gelassen, nämlich geschlossene Grenzen.

Gerade wir hier am Oberrhein wissen, dass der Oberrhein eine Modellregion ist. Wir arbeiten noch viel enger zusammen, als andere Regionen an den Grenzen dies tun. Ich glaube, deshalb haben wir auch diese Grenzschießungen als ganz besonders schmerzlich empfunden: weil wir die Grenze im Alltag nicht mehr erleben. Sie hat eigentlich keine Rolle mehr gespielt. 23 000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die täglich vom Elsass nach Baden kommen, um zu arbeiten; aus Baden pendeln 37 000 Menschen tagtäglich in die Nordwestschweiz. Insgesamt haben sich 100 000 Menschen tagtäglich auf den Weg über eine Grenze gemacht, die sie eigentlich nicht mehr gespürt haben. Das waren nur die Menschen, die hier gearbeitet haben, ganz zu schweigen von den intensiven touristischen und zivilgesellschaftlichen Verflechtungen.

Wir lebten und leben noch immer den Geist des Vertrags von Aachen, wir treiben wichtige Projekte voran: Infrastrukturprojekte wie z. B. die Verbindungen Rastatt–Hagenau, Colmar–Freiburg. Bei diesen Verbindungen, liebe Brigitte Klinkert, haben wir es in den letzten Tagen noch hinbekommen, die Unterschriften für eine vertiefte Machbarkeitsstudie zu setzen. Jetzt geht es also los mit den Planungen. Wir haben unser trinationales

Netzwerk, European Campus, die Fachhochschulen, die zusammenarbeiten. Das ist unser Alltag. Wir haben viele, viele INTERREG-Projekte auf den Weg gebracht. Man könnte jetzt die Liste beliebig verlängern. Hier in der Grenzregion haben wir immer von einem Europa profitiert, das seinen Namen verdient und funktioniert: Freizügigkeit, Gemeinschaftsgeist, Zusammengehörigkeit. Europa war eigentlich unser Lebensgefühl, unsere Lebensrealität. Wir haben die Grenzen immer als Chance empfunden. Plötzlich waren diese Grenzen und Grenzregionen offensichtlich Risiken.

Diese Coronakrise hat uns mit – so schien es jedenfalls bei uns – nicht abgestimmten Vorgehensweisen bei Grenzschließungen konfrontiert. Wir hatten teilweise an den Grenzen chaotische Verhältnisse. Wir haben gespürt, dass eigentlich alles mit allem zusammenhängt, und dass, wenn man an einer Schraube dreht, ganz viele Konstruktionen, die uns gehalten haben, zusammenfallen. In einem kurzen Zeitfenster, ganz am Anfang, ist es uns noch wunderbar gelungen, uns über die Grenzen hinweg abzustimmen. Das Expertennetzwerk Epi-Rhin hat sich im Rahmen der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz bewährt. Von dort aus haben wir ganz schnell die Informationen erhalten, als der Gottesdienst mit 2 000 Teilnehmern in der Kirche „La Porte Ouverte Chrétienne“ bei Mulhouse in der Region einen schrecklichen Pandemieherd verursacht hat. Im Rahmen der Infektionsnachverfolgung wurde auch ganz schnell klar, dass auch Teilnehmer aus der Schweiz und aus Deutschland an dieser Veranstaltung teilgenommen haben. Wir haben auch schnell die Information bekommen, dass es nicht mehr möglich war, diese Infektionsketten nachzuverfolgen.

Dann kam, wie Sie wissen, für uns alle sehr, sehr schnell die Einstufung des RKI, das die gesamte Region Grand Est zu einem Risikogebiet erklärte. Wir selbst im Regierungspräsidium Freiburg – das ist vielleicht systematisch für die Kommunikation – haben von den bevorstehenden Grenzschließungen über unsere Autobahnmeistereien erfahren. Dort hat nämlich die Bundespolizei die Abschränkungen bestellt. Bevor irgendjemand anderes wusste, was passiert, haben wir das auf diese Art und Weise erfahren. Es war überhaupt keine Abstimmung mehr möglich. Dann kam eben diese schwierige Situation für die Pendlerinnen und Pendler. Offensichtlich – das haben wir im Nachhinein gehört – war

auf der Ebene Berlin/Paris mehr abgestimmt, als eigentlich bei uns in der Region ankam. Wir konnten nicht mehr miteinander sprechen, wir konnten uns nicht mehr abstimmen. Das war wirklich sehr schmerzhaft. Eines ist sehr deutlich geworden: Diese nationale Sichtweise entspricht nicht den Bedürfnissen der Regionen an der Grenze.

Man hat aus ökonomischer Sicht sehr schnell versucht, die Pendlersituation mit Sonderregelungen zu regeln. Aber – der Präsident hat es gesagt – das war für die Menschen fast nicht mehr lebbar. Eine Pendlerin, ein Pendler zwischen Deutschland und Frankreich hat phasenweise wirklich fünf Bescheinigungen gebraucht, um von Colmar nach Freiburg zu kommen. Wir hatten chaotische Situationen an den Grenzen: Die Menschen mussten lange Umwege fahren, Staus, aus den Zügen konnte man zum Teil nicht mehr aussteigen, weil die Kontrolle nicht mehr möglich war, Einkaufsverbote – wir haben es gehört –, aber auf der anderen Seite konnten auch Unternehmen, die in Frankreich Baustellen hatten, die Arbeit dort nicht mehr unbedingt fortsetzen. Es hat wieder eine Aversion gegeben: Man hat den Nachbarn oft nicht mehr als Partner, sondern als Gefahr empfunden. Ich glaube, wir müssen uns das sehr deutlich machen und aufpassen, dass alte Geister nicht wieder geweckt werden.

Jetzt haben die Grenzschießungen natürlich in der Situation, in der wir waren, sicherlich aus Infektionsschutzgründen eine Berechtigung. Aber meines Erachtens war auch ein anderer Punkt ganz entscheidend. Das habe ich als Regierungspräsidentin auch sehr deutlich erlebt und war auch in diese Diskussion mit einbezogen. Dadurch, dass wir völlig unterschiedliche Containmentregelungen hatten, war es notwendig, diese Grenzen zu schließen, weil wir natürlich – – Ich bin da auch ganz offen: In Frankreich war mehr oder weniger alles zu, man hat sich nur noch die essenzielle Grundversorgung holen können, und in Freiburg, in Baden-Württemberg waren sogar die Baumärkte auf. Das ist eine Riesendiskrepanz, die vielleicht so einfach daherkommt, aber in der Lebenswirklichkeit war das nicht leicht.

Deshalb glaube ich, dass wir diese Punkte nehmen sollten, um in die Zukunft zu schauen, um zu sagen, der Bund muss mit den Grenzregionen – da meine ich Paris und Berlin

gleichermaßen, Bern genauso – besser kommunizieren. In der Krise funktionieren die üblichen Verwaltungswege über die Ministerien von oben nach unten und von unten nach oben einfach nicht. Es ist wichtig, den Geist von Aachen auch in solchen Krisensituationen zu leben. Natürlich müssen wir alle Beteiligten ins Boot bekommen, aber in solchen Krisen ist nicht die Zeit politischer Schaufensterreden, sondern wir müssen in konkreten nächsten Schritten handlungsfähig sein.

Was ich als sehr positiv erfahren habe, waren – – Zunächst einmal: Im Geltungsbereich des Aachener Vertrags gab es ziemlich schnell die deutsch-französischen Telefonschaltkonferenzen. Es gab sie nachher auch zwischen Deutschland und der Schweiz. Das war deshalb besonders wichtig, weil da alle Ebenen am Telefon saßen. Da war unser Bundesinnenministerium genauso wie die Landesregierungen, wie wir als Region vertreten, später saß dann auch das Innenministerium aus Paris mit am Telefon. Das war wichtig, weil wir ganz schnell von unten herauf sagen konnten, was die Probleme an den Grenzen für die Menschen sind, und wir konnten Lösungen in die Wege leiten. Ich glaube, es ist zentral wichtig, solche Strukturen – ob man es „Grenzüberschreitender Krisenstab“ nennt, ist egal – unbedingt für uns beizubehalten.

Es war entscheidend, dass wir uns gut gekannt haben – ich habe es gesagt –, dass wir die Köpfe gekannt haben, dass wir Vertrauen zueinander hatten. So war es auch möglich, dass Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und die Nordwestschweiz im Rahmen des Patiententransfers schnell helfen konnten und können. Diese Kooperation war wirklich Ausdruck der guten nachbarschaftlichen Zusammenarbeit. Es hat uns natürlich gutgetan, als Jean Rottner und Brigitte Klinkert auch ganz deutlich formuliert haben: „Das werden wir nie vergessen.“ Es hat uns wirklich gutgetan, diesen Gemeinschaftsgeist in einer schwierigen Zeit zu fördern. Wir hatten dann – herzlichen Dank auch an die Präfektin Chevalier – am 26. Mai eine Videokonferenzsitzung des Oberrheinrats mit der Oberrheinkonferenz. Dort haben wir meines Erachtens wichtige Beschlüsse für das Expertennetzwerk Epi-Rhin gefasst, damit wir in Zukunft wirklich in der Lage sind, Informationsketten gut auf die Beine zu stellen, dass wir uns grenzüberschreitend nach den gleichen Standards informieren können, dass wir – ich hoffe nicht, dass eine zweite Welle kommt, aber

wenn doch – eine gleichmäßige Kontaktnachverfolgung haben, dass die Sieben-Tage-Indizierung jenseits und diesseits der Grenze die gleiche ist.

Ich bin wirklich dankbar dafür, dass wir in dieser Situation auch die Chance ergreifen können, im Gesundheitsbereich und im Katastrophenschutz intensiver zusammenzuarbeiten. Wir haben TRISAN schon lange auf den Weg gebracht, aber meines Erachtens müssen wir im Gesundheitsbereich ein bisschen schneller sein, ein bisschen konkreter werden. Ich glaube, wir täten gut daran, uns jetzt gerade den Bereich der Intensivmedizin genau anzuschauen. Da gibt es nämlich – das ist in Gesprächen mit den Universitätsklinikern auch sehr deutlich geworden – noch völlig unterschiedliche Standards. Es war für die Kliniken sehr, sehr schwierig, wenn sie Patienten übernommen haben, herauszubekommen, nach welchen Standards die Patienten in Frankreich behandelt worden sind, um es hier entsprechend anzupassen. Diese Standards müssen wir wirklich vereinheitlichen und müssen jetzt die Zeit nutzen, um uns konkret auszutauschen.

Aber – und das ist das Letzte, was ich an dieser Stelle herausheben möchte – wir haben es gehört: Wir brauchen auch regionale Spielräume, wenn wir solche Grenzschießungen in Zukunft verhindern wollen, da sie ja auch eigentlich keinen Sinn ergeben. Es geht darum, die Menschen zu schützen, und nicht darum, die Nationalitäten zu schützen. Deshalb ist es, glaube ich, wichtig, dass wir bei diesen Containmentgeschichten, diesen Kontaktsperren in Zukunft in der Region mehr Mitsprachemöglichkeiten haben. In Frankreich war es ja sehr, sehr deutlich – bei uns in Deutschland zum Teil auch –, dass in Regionen, wo letztendlich ein Infektionsherd war, die gleichen Regelungen galten wie in Regionen, wo gar nichts geboten war. Ich glaube, wir müssen uns dort auch in solchen Krisensituationen, in solchen Situationen, in denen es darum geht, einschneidende Regelungen für die Menschen zu treffen, mehr als Region und weniger als Nation verstehen.

Wir haben eine gute Ausgangsbasis für dieses Miteinander. Wir haben erst letzte Woche in der Sitzung des Begleitausschusses 8 Millionen € für konkrete Projekte auf den Weg gebracht. Es gibt auch finanziell und wirtschaftlich Luft, wenn ich es richtig einschätze, für neue Projekte, die wir sogar noch unter INTERREG V einbringen könnten. Da spricht

natürlich vieles dafür, weitere Projekte aufzusetzen, die sich mit dem Thema „Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich“ befassen.

Wir können dieses Jahr auf 30 Jahre INTERREG, 30 Jahre enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit europäischer Finanzierung zurückblicken. Ich glaube, das kann uns den Rücken stärken und auch Mut machen, schwierige Situationen in Zukunft miteinander zu bewältigen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Präsident Josef Frey: Vielen Dank, Frau Regierungspräsidentin Schäfer. – Gegenseitiges Vertrauen ist die beste Basis für ein gutes Krisenmanagement. Das haben wir in den letzten Monaten gelernt.

Ich bin froh, dass wir heute Morgen auch noch eine Wissenschaftlerin unter uns haben. – Kann man das so sagen, Frau Kronig Romero? – Jedenfalls bewegt sie, denke ich, im Bundesamt für Gesundheit auch Zahlen. Lassen Sie mich vielleicht einen kurzen Vergleich darstellen von den gestrigen Zahlen, die die Todesfälle auf eine Million Einwohner betreffen. Die Schweiz hatte etwa doppelt so viele Todesfälle auf eine Million Einwohner wie Deutschland, Frankreich hatte etwa das Doppelte wie die Schweiz und Belgien das Doppelte wie Frankreich. Man sieht hier, dass es unterschiedliche Situationen gibt. Ich bin gespannt, wie die Evaluationen, auch in der Schweiz, ablaufen, wie man in der heterogenen Schweiz – nahe an der Lombardei, aber auch nahe an Deutschland, mit unterschiedlichen Geschehen – mit dieser Situation umgegangen ist.

Frau Kronig Romero, bitte schön.

Frau Nora Kronig Romero: Sehr geehrter Herr Präsident, Madame la Préfète, sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Als Erstes möchte ich Ihnen, Herr Präsident, für die Einladung danken. Ich glaube, die Regierungspräsidentin hat es gesagt: Es ist wichtig, dass man vonseiten der Ministerien mit den Regionen zusammenkommt, sich austauscht. Es ist mir deshalb heute eine noch größere Ehre, hier zu sein.

Ich bin heute Morgen aus Bern gekommen. Bern ist auch eine Stadt, die aus Träumen und Tieren entstanden ist. Ich bin umso geehrter, heute hier bei Ihnen zu sein, und ich freue mich sehr auf die Diskussionen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Covid-19-Krise hat einmal mehr eindrücklich aufgezeigt, wie wichtig eine enge Kooperation zwischen Nachbarländern ist. In unseren Grenzregionen teilen wir uns einen gemeinsamen Lebensraum. Die Pandemie hat nicht an den Grenzen haltgemacht, und so muss auch die Bewältigung der Krise gemeinsam und grenzüberschreitend erfolgen. Ein Beispiel, das die enge Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern illustriert, sind die Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die heute Morgen schon mehrfach erwähnt wurden. Trotz der Maßnahmen an den Grenzen haben wir stets gemeinsam Lösungen gefunden, damit Grenzgängerinnen und Grenzgänger weiterhin ihrer Arbeit nachgehen konnten – mit den Schwierigkeiten, die wir ja alle zusammen festgestellt haben. Die Grenzregionen sind eng verflochtene Lebens- und Arbeitsräume. Deshalb war dies eine sehr wichtige Voraussetzung, damit systemrelevante Bereiche weiterhin funktionieren konnten.

Auf dem Höhepunkt der Krise nahm die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eine besondere Dimension an, zu der ich heute einige Worte sagen darf. Ende März trafen aus den schwer betroffenen französischen Grenzregionen Anfragen zu Übernahmen von Covid-19-Patientinnen und -Patienten ein. Die erste Anfrage aus Frankreich erreichte auf direktem Weg die Gesundheitsbehörden der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Im Sinn enger Freundschaft und der humanitären Tradition der Schweiz zeigten sich

beide Kantone bereit, Patientinnen und Patienten aufzunehmen. Am 23. März traf der erste Patient in Basel ein. Das war jedoch nicht der Abschluss dieses Prozesses, sondern erst der Anfang. In der Folge erreichten uns zahlreiche weitere Anfragen. Insgesamt wurden in 15 Kantonen – das heißt, nicht nur die Grenzkantone, sondern auch Kantone innerhalb der Schweiz – 52 Patientinnen und Patienten aus Frankreich behandelt. Diese Patientenübernahmen waren in verschiedener Hinsicht eine außerordentliche Erfahrung. Außerordentlich waren erstens und offensichtlich die Umstände. Die Covid-19-Pandemie stellte uns alle vor enorme Herausforderungen, und sie tut dies noch immer. Außerordentlich waren auch die Solidarität und die Hilfsbereitschaft, die wir bei den Kantonen gespürt haben, obwohl auch in der Schweiz selbst die Lage schwierig war.

Ich möchte nun aber auf einen dritten außerordentlichen Aspekt eingehen, nämlich den Ablauf der Patientenübernahmen. Die Schweiz ist ein ausgeprägt föderalistisches Land, viele Kompetenzen liegen bei den Kantonen. Gesundheit ist sicherlich einer der Schlüsselbereiche, in denen die Kantone die zentrale Kompetenz haben bzw. viele Kompetenzen haben. Die Situation Ende März dieses Jahres war aber sehr schwierig. Die Kantone sahen sich mit großen Ungewissheiten konfrontiert. Der zukünftige Verlauf der Pandemie in der Schweiz war damals alles andere als klar.

Vor dem Hintergrund dieser enormen Herausforderung fand eine Verschiebung von Aufgaben in Richtung der nationalen Ebene statt. Gestützt auf das Epidemiegesetz rief der Bundesrat eine sogenannte „außerordentliche Lage“ aus. Damit verbunden war die Übernahme von zusätzlichen Aufgaben für die nationale Ebene, z. B. in den Bereichen Monitoring, Beschaffung, grenzüberschreitende Beschaffung. Auch bei den Patientenübernahmen kam es zu dieser Verschiebung. Zu Beginn entschieden die Kantone über die Übernahme von Patientinnen und Patienten. Innerhalb weniger Tage nach der ersten Anfrage entschieden Bund und Kantone, die ausländischen Anfragen für Patientenübernahmen auf nationaler Ebene zu kanalisieren. In der Folge nahm das Bundesamt für Gesundheit die Anfragen zentral entgegen. Danach folgten Diskussionen mit dem Koordinierten Sanitätsdienst der Armee und natürlich mit den Kantonen. Wichtig war aber der Koordinierte Sanitätsdienst, der im Kontext der Covid-19-Pandemie den Überblick über

die Auslastung der Spitäler wahrte. Wir dachten zu diesem Zeitpunkt, dass wir rasch die maximale Intensivstationskapazität überschreiten würden. Ziel dieses Prozesses war es, möglichst rasch breit abgestützte Entscheidungen treffen zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren, für ein föderalistisches Land wie die Schweiz war dieses Vorgehen unüblich. Vor dem Hintergrund der angespannten Lage und des immensen Koordinationsbedarfs war die Zentralisierung der ausländischen Anfragen hingegen im Sinne aller Beteiligten. Dies war eine wichtige Grundlage, um rasch und sinnvoll über Patientenübernahmen entscheiden zu können. Der Bund kooperierte auch eng mit den französischen Botschaften in der Schweiz. Dadurch waren wir stets über die aktuellen Entwicklungen informiert, und unsere französischen Partner konnten sich an einen einzigen Dienst wenden anstatt an mehrere. Trotz der zentralen Koordinationsrolle des Bundes entschieden letztendlich die Kantone und vor allem die behandelnden Spitäler.

Insgesamt darf ich feststellen, dass die Erfahrungen positiv waren; aus Prozesssicht war dieses Vorgehen aber ungewohnt, aber es bewährte sich unter den besonderen Umständen. Wichtiger ist jedoch, was wir über den Prozess hinaus festhalten können: Es ist erfreulich festzustellen, dass es die ausgezeichneten Beziehungen zwischen unseren Ländern ermöglicht haben, in den Grenzregionen rasch Auffangstrukturen zu schaffen. Ich möchte die Arbeit der verschiedenen Behörden und Einrichtungen würdigen, die dies ermöglicht haben. Ich bin überzeugt, dass diese Erfahrungen unseren Grenzregionen ermöglichen, ihren Austausch zu intensivieren und die Zusammenarbeit zu verbessern. Ich nehme Ihren Punkt natürlich auch mit, wie wir das dann sozusagen auch vertikal koordinieren. Das ist mit Sicherheit etwas, was wir zusammen noch weiter werden besprechen müssen.

Die Patientenmobilität war zentral, um die Gesundheit der Bevölkerung beiderseits der Grenze zu schützen. In der kommenden Zeit wird es besonders wichtig sein, diese enge Zusammenarbeit weiterzuführen. Wir werden uns auch überlegen müssen, welche positiven Erfahrungen wir langfristig verankern wollen. Die Pandemie ist noch nicht überstanden. So gibt es auch weitere Bereiche der Kooperation. Beispielsweise sollte über die

Grenze hinweg eine möglichst lückenlose Kontaktnachverfolgung sichergestellt werden. In diesem Zusammenhang haben viele Staaten sogenannte Tracing-Apps entwickelt. Die SwissCovid App ist seit einigen Tagen verfügbar. Nun stellt sich die Frage, ob diese Apps über die Grenzen hinweg interoperabel sind. Auch in diesem Zusammenhang ist eine weiterführende enge Zusammenarbeit wichtig.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Covid-19-Krise hat uns vor Augen geführt: Wir können gegenwärtigen und zukünftigen Gesundheitsgefahren nur gemeinsam effektiv entgegenwirken. Wir stehen bereit, um zusammen mit unseren Nachbarländern und in den Grenzregionen gemeinsame Lösungen für die anstehenden Herausforderungen zu erarbeiten. Die Erfahrungen der Covid-19-Pandemie werden in diese Überlegungen einfließen. Ich bin sehr gespannt, welche Lehren wir alle aus unseren Erfahrungen ziehen werden.

Nun freue ich mich auf die anregende Diskussion. Ich glaube, wir haben dann noch die Gelegenheit, auf Fragen einzugehen.

(Dolmetscherübersetzung) Ich sage allen herzlichen Dank. Es ist mir eine große Freude, heute die Kollegen willkommen heißen zu dürfen, sie wirklich auch in Fleisch und Blut zu sehen und mit ihnen zu arbeiten. Es ist mir wirklich ein großes Vergnügen. Es ist auch ein schönes Gefühl, wieder reisen zu dürfen, die Grenzen überschreiten zu dürfen. Es ist mir eine große Ehre, Sie direkt und auch Ihre Kammer direkt sehen zu dürfen, hier in Person.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Präsident Josef Frey: Vielen Dank, Frau Kronig Romero, für Ihre Worte und für Ihren Dank.

(Dolmetscherübersetzung) Ich habe gehört, dass wir mit der französischen Übersetzung ein bisschen Probleme haben. Wir werden versuchen, diese zu lösen. Wir brauchen ein wenig Geduld. Es tut mir leid. Danke.

Die französische Übersetzung hakt etwas bei der Übertragung. Daher hoffe ich, dass wir das bald verbessert bekommen.

Ich möchte Frau Knellwolf als Vertreterin der Schweizer Delegation bitten, kurz den Resolutionsentwurf vorzustellen, der vom Vorstand erarbeitet wurde. – Bitte schön.

Frau Andrea Elisabeth Knellwolf: Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr geschätzte Anwesende! Auch für mich ist es ein Freudentag, da wir uns heute wieder persönlich begegnen dürfen. Die Vorrednerinnen und Vorredner haben schon sehr eindrücklich dargelegt, wie wichtig die trinationale Zusammenarbeit zur Bewältigung der Gesundheitskrise war und auch sein wird, aber auch, dass man durchaus noch Verbesserungen anbringen kann, was die Koordination über die Grenzen hinweg und die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeiten in den eng verzahnten Lebensräumen der Grenzregionen betrifft. Diese Punkte greift die Resolution auf. Ich danke für die positive Aufnahme dieser Resolution, und ich bedanke mich namentlich bei der französischen Delegation, dass sie noch eine Ergänzung eingefügt hat, mit der wir, die Schweizer Delegation, sehr einverstanden sind. Ich nehme an, auch die deutschen Kolleginnen und Kollegen werden dieser Präzisierung gern zustimmen.

In der Resolution geht es darum, dass wir von unseren Bundesregierungen verlangen, dass sie bei Grenzschließungen – egal, aus welchen Gründen – künftig besser auf die regionalen Gegebenheiten Rücksicht nehmen. Frau Schäfer hat es sehr eindrücklich gesagt: Es geht darum, Menschen zu schützen und nicht Nationalitäten. Wir brauchen mehr regionale Freiräume, wenn es darum geht, die Umsetzung von Grenzbeschränkungen, von Grenzübertrittsbeschränkungen zu definieren. Die Resolution sieht vor, dass die

Grenzregionen künftig gewisse eigene Kompetenzen erhalten, um die Details der Grenzregime regeln zu dürfen. Sie möchte auch, dass die Grenzregionen zumindest angehört werden, dass die nationalen Regierungen mit den Exekutiven der Grenzregionen sehr eng in Kontakt stehen und auf die effektiven Gegebenheiten, wie sie vor Ort gelebt werden, eingehen.

Ich denke, die Pandemiekrise hat sehr eindrücklich gezeigt, wie wir uns hier als Einheit empfinden, wie die Grenzen in den Köpfen und auch physisch immer geringere Bedeutung bekommen. Das ist eine sehr schöne Entwicklung. Ich denke, der Oberrhein ist eine Ausnahmeregion, in gewissem Sinn auch eine Vorzeigeregion, weil über die letzten Jahrzehnte sehr viel und auch sehr erfolgreiche Arbeit geleistet wurde, um die Grenzen nicht mehr als Hindernisse zu erleben, dass sie nicht mehr wahrgenommen werden, dass wir als Menschen die Region quasi im freien Fluss erleben können. Das gilt auch für die Wirtschaft, es gilt für alle Lebensbereiche.

Ich freue mich sehr, wenn wir diese Resolution heute verabschieden. Ich denke, es ist ein Stück Rückenwind, den es in der Umsetzung des Aachener Vertrags – unter Mitnahme der Schweiz natürlich – braucht, damit die drei Länder noch enger zusammenwachsen und damit wir in künftigen Krisen einfach noch kürzere Wege haben und mit noch mehr Augenmaß auf die Lebenswirklichkeiten Rücksicht genommen werden kann.

Vielen Dank.

Frau Claudine Ganter (Dolmetscherübersetzung): Herr Präsident! Die Resolution, die wir heute vorliegen haben, ist von großer Bedeutung. In der Gesundheitskrise, wie Sie, Frau Präfektin, zu Recht sagten, sahen wir uns großen Herausforderungen gegenüber. In Frankreich, in Deutschland, in dieser Grenzregion gab es viele Probleme. All das hat dazu geführt, dass wir reagieren mussten. Vielen Dank Ihnen allen. Vielen Dank an die drei Länder, auch an die Schweiz. Es ging nicht nur darum, dass wir eine Covid-19-Krise

hatten, sondern auch darum, wie man damit umgeht. Es geht natürlich auch um den europäischen Geist und um die Solidarität, die gepflegt werden sollte. Das zeigte sich z. B. auch in den genannten Bereichen im Gesundheitswesen.

Die Frau Präfektin sprach es an: Wir werden weiterhin an der Krisenlösung arbeiten. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird wahrscheinlich weiter verstärkt; aber auch der Dialog, die Forschung, die Entwicklung müssen weiter verstärkt werden. Wir müssen ganz konkret sein, pragmatisch arbeiten. Genau das müssen wir tun. Das heißt, wir müssen darüber nachdenken, was wir tun können, wie wir es am besten realisieren können und wie wir eine gute Lösung, die für alle lebbar ist, realisieren können.

Danke.

Frau Brigitte Klinkert (z. T. Dolmetscherübersetzung – Tonübertragungsprobleme): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich, bevor ich zur Resolution komme, zum Ausdruck bringen: Ich bin sehr froh, heute Vormittag an dieser Sitzung der Plenarversammlung vom Oberrheinrat teilnehmen zu können. Ich fühle wieder, wie das Herz Europas schlägt. Das macht mir wirklich warm ums Herz. Unsere Nachbarn in den Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg haben uns stark unterstützt. Wir können wirklich sagen, dass die Solidarität hier gelebt worden ist.

Jetzt komme ich zu der Resolution bzw. dem Änderungsvorschlag des Resolutionsentwurfs. Zunächst einmal: Die Grenzschießungen waren wirklich etwas, was nie wieder passieren sollte. Eine zentrale Grenzverwaltung in der Oberrheinregion wäre etwas Wünschenswertes. Ich wünsche mir, dass die Regierungskonferenzen hier aktiver werden. Global möchte ich gern, dass wir, die Gemeindevertreter und Kommunalvertreter, mit eingebunden werden.

Ich würde vorschlagen, dass unter Ziffer 3 nicht gesagt wird:

... stellt fest, dass die abrupten Grenzschießungen ...

Ich schlage vielmehr einen stärkeren Ausdruck vor.

Herr Präsident, Sie sind sicher wie ich der Meinung, dass der Oberrheinrat die Zusammenarbeit im Bereich Gesundheitswesen in einer künftigen Resolution näher beschreiben könnte. Im Bereich des Gesundheitswesens im Oberrheingebiet brauchen wir eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit – nicht nur in dieser Krisensituation, sondern auch im alltäglichen Leben unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir leben hier in einer einzigartigen Region mit viel Mobilität zwischen unseren Ländern und in ganz vielen Bereichen. Es gibt bereits bestehende Initiativen, die in diesem Bereich durchgeführt werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Christian Zimmermann (z. T. Dolmetscherübersetzung – Einige Ausführungen des Redners sind nicht zu verstehen, da sein Mikrofon nicht eingeschaltet war.): Herr Präsident! Diese Gesundheitskrise hat gezeigt, welche Mängel es bei der Zusammenarbeit im Staatswesen noch gibt. Das ist richtig.

... dass wir effektiv auf die nächste Krise reagieren können. Wir hatten einen Lockdown in Deutschland, in Frankreich. Der Lockdown wurde auf beiden Seiten des Rheins nicht gleich behandelt. Dank der schweizerischen und der deutschen Kapazitäten in den Krankenhäusern konnten viele Patienten aus dem Elsass nach Deutschland und in die Schweiz verlegt werden. Das war etwas, was, egal von welcher politischen Couleur – der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann, der Herr Präsident des Oberrheinrats sowie der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl haben es unterstrichen –, ganz transparent gehandhabt wurde. Die deutschen und die schweizerischen Kollegen haben Frankreich hier unterstützt.

Der Präfektin der Region Grand Est möchte ich sagen: Wir haben hier gut zusammengearbeitet. Vielleicht einige Beispiele: Es gab nicht genügend Masken, keinen Gesichtsschutz – was wurde da gemacht in der Region Grand Est? –, es gab nicht genügend

Tests für die Covid-19-Erkrankten, dann fehlten oftmals Beatmungsgeräte; es gab vor Ort im Elsass nicht genügend Beatmungsgeräte.

Vor über zwei Monaten habe ich ein Schreiben an die Region Grand Est geschickt. Ich warte bis heute noch auf eine Antwort darauf. Diese Art von Improvisation und amateurhaftem Verhalten ist unbeschreiblich. Es gab doch viermal mehr Todesfälle in Frankreich als in Deutschland. Wir haben aber natürlich festgestellt: Es geht hier um Leben. Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, damit wir unsere Bevölkerung vor einer erneuten derartigen Situation schützen können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident Josef Frey: Danke schön. – Ich weiß, dass es Übersetzungsprobleme gab. Wir lernen daraus, dass wir das Mikrofon einschalten müssen, damit uns die Dolmetscher hören. – Ich habe jetzt noch Herrn Ackermann mit einer Wortmeldung wahrgenommen, und Herrn Klos.

Herr Matthias Ackermann: Herr Präsident, vielen Dank für die Worterteilung. Matthias Ackermann, Landkreis Südliche Weinstraße. – Ich möchte vielleicht einen Punkt herausgreifen, den Frau Regierungspräsidentin Schäfer hervorgehoben hat: die Stichworte Kommunikation und „In Krisen Köpfe kennen“. Wir reden hier auf der administrativen Ebene.

Ich denke, eine Lehre aus dieser Covid-19-Pandemie muss sein, dass wir die Begegnungen zwischen den Menschen in unseren Regionen noch intensiver fördern als bislang; denn dort spielt die Musik – wenn ich das einmal so flapsig sagen darf. Wir hatten uns im Oberrheinrat auch schon in der Vergangenheit des Öfteren über das Thema „INTER-REG-Kleinprojekte“ unterhalten. Dieses System muss auf jeden Fall vereinfacht werden. Wir müssen es schaffen, dass wir mehr Kontakte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern herstellen, die auch nachhaltig sind und auf einem großen, breiten Fundament stehen.

Ansonsten können ähnliche Ereignisse, wie sie sich leider Gottes zugetragen haben, wieder passieren. Ich bin weit davon entfernt, ein Pessimist zu sein. Auf der anderen Seite habe ich mir in dieser Phase häufiger die Frage gestellt, wie dünn das Eis ist, auf dem wir uns bewegen, wenn eine solche Pandemie dazu führt, dass es hier und da – wie gesagt, nicht im Übermaß, aber doch hier und da – Ressentiments gab. Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir es schaffen, Begegnungen zwischen den Menschen in unseren Regionen zu fördern, intensiver zu fördern.

Das beginnt mit der Sprache. Ganz wichtig sind Kommunikation, Mitsprache, Sprachförderung in den Kindergärten, in den Schulen. Das ist ein Schwerpunkt, und das sollte für uns eine Lehre sein. Wir reden sehr häufig darüber, aber wir müssen uns selbstkritisch die Frage stellen, ob wir es in letzter Konsequenz auch immer durchsetzen und mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausrüsten.

Vielen Dank.

Herr Rüdiger Klos: Vielen Dank für die Resolution. Sie läuft in die richtige Richtung. Auch das Subsidiaritätsprinzip – ein sehr effizientes Prinzip – wird hier angesprochen.

Ich wollte auf Ziffer 3 verweisen. Nicht dass uns da ein kleiner Formulierungsmissinterpretationsspielraum offen ist. In Ziffer 3 steht:

Exemplarisch stehen hierfür nicht formalisierte Paar- und Familienbeziehungen, Gartenpächter, Pferdehalterinnen, Ferienhausbesitzende und allgemein Grenzverläufe, die große Umwegfahrten bedingen ...

Das ist alles aus sich heraus verständlich. Ich frage mich nur – wenn man die Damen betonen will, also die weibliche Form nimmt –, ob man die weibliche Form gerade bei dem Wort „Pferdehalterinnen“ nehmen sollte, wenn vorher von „nicht formalisierten Paar- und Familienbeziehungen“ die Rede ist. Das könnte auch missverstanden werden im

Hinblick auf gewisse, so sage ich einmal, harmlose Witze von Damen, Pferden und dergleichen. Wenn man die weibliche Form haben will, würde ich dringend dazu raten, ein anderes Beispiel zu nehmen.

Danke.

Präsident Josef Frey: Herr Klos, vielen Dank für diesen Hinweis. Wir sind immer dankbar, besonders ich als Pferdebesitzer, wenn sich Menschen für die Genderfrage einsetzen. Ich würde vorschlagen, dass beide Formen, weiblich und männlich, genommen werden. Dann ist das gut.

Ich habe außerdem noch – wenn ich jetzt keine Wortmeldungen mehr habe – den Vorschlag von Frau Klinkert aufgenommen, dass man „stellt daher fest“ durch „bedauert“ ersetzt, im Sinn einer Verstärkung, einer Wertung. Gibt es gegen diesen Vorschlag Widerspruch? – Enthaltungen? – Und gegen den Vorschlag, in Ziffer 3 die weibliche und die männliche Version zu wählen? – Auch kein Widerspruch. Dann ist es so angenommen.

Ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, dass wir dieses Jahr damit fortfahren, dass wir mit diesen Resolutionen auch die grenzüberschreitenden Ebenen ansprechen: die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung, den deutsch-französischen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Oberrheinkonferenz. Die Oberrheinkonferenz ist natürlich schon immer dabei, aber auch der grenzüberschreitende Ausschuss und sein Büro in Kehl werden diese Resolution mit der Bitte um eine Stellungnahme zugesandt bekommen.

Gibt es von Ihrer Seite hierzu noch etwas? Ansonsten würde ich zu **Punkt 4** übergehen:

Punkt 4

4. Austausch über eingegangene Stellungnahmen

4.1. Resolutionen vom 20. Dezember 2019

**4.2. Gemeinsames Schreiben ORR/ORK zu den
„Missing Links“**

4.3. Vorstandsbeschluss vom 24. April 2020

Präsident Josef Frey weist darauf hin, dass die Stellungnahmen zu den Resolutionen der Plenarversammlung vom 20. Dezember 2019 den Mitgliedern in ihren Sitzungsunterlagen vorlägen.

Das Schreiben zu den „Missing Links“ könne auch unter den Berichten der Kommissionen besprochen werden. Er danke für die in der letzten Woche eingegangene Stellungnahme des Departements Bas-Rhin. Die Übersetzung der Stellungnahme liege in Kürze vor.

Die Entwicklung beim Thema „Vereinfachung des Verfahrens bezüglich der A1-Bescheinigung in der Grenzregion“ werde weiter beobachtet. Die Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg, Frau Muhterem Aras, und er selbst seien im Ausschuss der Regionen ständig bemüht, dieses Thema anzusprechen und auf eine Lösung zu drängen.

Im April habe er ein Schreiben aus dem deutschen Bundesministerium für Umwelt erhalten, in dem darauf hingewiesen werde, dass im Augenblick eine Studie zur Frage der Entsorgung bzw. der Behandlung der Abfälle in der Deponie Stocamine durchgeführt werde, die Ende Juni fertiggestellt sei. Dieses Thema müsse im Auge behalten werden, um nach der Beendigung der Studie die vor einem Jahr verabschiedete Resolution weiterzubearbeiten, vor allem unter dem Gesichtspunkt, wie das Grundwasser am Oberrhein nachhaltig geschützt werden könne.

Frau Brigitte Klinkert (Dolmetscherübersetzung): Ich hätte etwas zu den „Missing Links“ zu sagen, wenn ich darf. Es geht um die Eisenbahnstrecke Colmar–Freiburg. Es geht um

eine Brücke über den Rhein, die einzige Rheinbrücke. Diese habe einen starken symbolischen Charakter und zeuge von der französisch-deutschen Freundschaft. Es geht auch um wirtschaftliche Aspekte, die hier angesprochen werden sollten. Nach der Schließung des Kernkraftwerks in Fessenheim wäre dies ein wichtiges Projekt. Sie wissen sicherlich, dass sich das auch auf den Vertrag von Aachen bezieht.

Herr Dr. Christoph Schnaudigel: Ich hätte nachher etwas gesagt. Aber wir stimmen Ihnen natürlich absolut zu, dass die Stellungnahme von deutscher Seite aus unserer Sicht sehr unbefriedigend ist. Dies ist wieder ein Beispiel dafür, dass man sehr zentral denkt und nicht bereit ist, die Besonderheiten, die wir in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sehen und in den verkehrlichen Bedürfnissen tagtäglich erleben, zu berücksichtigen. Wir werden bei diesem Thema nicht nachlassen. Es fehlt noch die Stellungnahme von französischer Seite. Ich bin auch mit der Oberrheinkonferenz und mit Frau Schäfer so verblieben, dass wir das Thema in dieser etwas schwierigen Zeit nicht verpuffen lassen, sondern dass wir es auch bei der Kommissionssitzung im Oktober noch einmal auf die Tagesordnung nehmen. Ich kann Ihnen aber versprechen, dass wir da auch noch einmal nachhaken.

Wir würden uns sehr freuen, wenn wir bis Oktober von französischer Seite eine positivere Stellungnahme bekommen würden, mit der wir dann auch noch einmal nach Berlin gehen könnten, um dieses Thema nochmals aufzugreifen. Diese Aussage allein ist absolut unbefriedigend von deutscher Seite.

Danke.

Präsident Josef Frey merkt an, dies stelle ein weiteres Zeichen dafür dar, dass „dicke Bretter“ gebohrt werden müssten, wenn eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit erfolgen solle.

Frau Claudine Ganter (Dolmetscherübersetzung – Tonübertragungsprobleme): ... Wir haben von der französischen Regierung jetzt keine direkte Stellungnahme erhalten. ...

Herr Dr. Christoph Schnaudigel: Frau Ganter, wenn wir eine positive Nachricht von französischer Seite bekommen, dann warten wir gern noch einige Wochen. Danke sehr.

Punkt 6

Arbeiten und Resolutionsentwürfe des Vorstands

Resolutionsentwurf: „Maßnahmen gegen den Biodiversitätsverlust grenzüberschreitend weiterdenken“

Resolutionsentwurf: „Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitskriterien am Oberrhein“

Vorstandsbeschluss: „Nachhaltigkeit in der Praxis umsetzen: Der Oberrheinrat geht mit gutem Beispiel voran“ (24.04.2020)

Präsident Josef Frey teilt mit, am 24. April habe der Vorstand in seiner Sitzung zwei Vorstandsbeschlüsse gefasst. Zum einen handle es sich um den Vorstandsbeschluss „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit bezüglich Covid-19“, der zweite sei ein mehr nach innen gerichteter Beschluss mit dem Titel „Nachhaltigkeit in der Praxis umsetzen: Der Oberrheinrat geht mit gutem Beispiel voran“. Heute teste der Oberrheinrat, ob er diesem Nachhaltigkeitsanspruch unter erschwerten Bedingungen gerecht werden könne. Dieser Beschluss beschäftige sich vor allem damit, Veranstaltungen des Oberrheinrats möglichst nachhaltig zu gestalten und die Arbeitsmethoden entsprechend anzupassen.

Aufgrund der besonderen Situation hätten im ersten Halbjahr keine Sitzungen der Kommissionen stattfinden können. Daher habe der Vorstand zwei Resolutionsentwürfe aus dem Bereich der thematischen Prioritäten 2020 des Oberrheinrats erarbeitet.

Der Resolutionsentwurf „Maßnahmen gegen den Biodiversitätsverlust grenzüberschreitend weiterdenken“ widme sich dem Thema „Biodiversität am Oberrhein“ und insbesondere auch der Biodiversität des Rheins. Die bestehenden Strategien würden begrüßt. Zu diesen zählten das Integrierte Rheinprogramm und die Programme der Internationalen

Kommission zum Schutz des Rheins. Durch verschiedene Faktoren wie z. B. den Flächenverbrauch oder qualitative Lebensraumverschlechterungen vieler invasiver Arten werde am Oberrhein insgesamt ein Verlust von Biodiversität festgestellt. Der Resolutionsentwurf enthalte daher Empfehlungen, die dem Verlust von Biodiversität entgegenwirken sollten. Aufgeführt würden unter anderem die Empfehlungen, den Flächenverbrauch zu reduzieren, die vielfältigen Lebensräume zu schützen und zu erhalten, die Weiterentwicklung des Ramsar-Gebiets Oberrhein/Rhin supérieur zu prüfen, den Pestizideinsatz zu reduzieren und die ökologische Landwirtschaft zu fördern. Zudem werde die Kommission Landwirtschaft – Umwelt – Klima – Energie damit beauftragt, die Weiterentwicklung der europäischen Biodiversitätsstrategie zu unterstützen und mithilfe der Resolution weiter an diesen Themen zu arbeiten. Am 24. April habe der Vorstand beschlossen, hierzu auch eine Stellungnahme der Kommission Landwirtschaft – Umwelt – Klima – Energie einzuholen. Diese sei in der letzten Woche eingegangen.

Der Oberrheinrat stimmt der Resolution „Maßnahmen gegen den Biodiversitätsverlust grenzüberschreitend weiterdenken“ zu und überweist den Resolutionsentwurf an die Kommission Landwirtschaft – Umwelt – Klima – Energie.

Präsident Josef Frey verweist auf den vorliegenden Entwurf einer Resolution zum Thema „Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitskriterien am Oberrhein“ und führt aus, der Entwurf diene der Anerkennung und Unterstützung der 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Diese sollten als Leitprinzipien in die Arbeit des Oberrheinrats in der Breite einbezogen werden und insbesondere auf grenzüberschreitende Aspekte überprüft werden. Hierzu seien alle Kommissionen aufgerufen. In diesem Zusammenhang liege auch ein Augenmerk auf der Unterstützung des zurzeit in der EU diskutierten „Grünen Pakts für Europa“ sowie der Gewährleistung der sozialen Teilhabe der Bevölkerung in der Oberrheinregion. Viele würden vergessen, dass die UN-Nachhaltigkeitsziele auch den sozialen Aspekt als eine wesentliche Säule der Nachhaltigkeit betrachteten. Im Zuge der Gesundheitskrise und des sich abzeichnenden wirtschaftlichen Abschwungs seien beide Punkte aktueller denn je.

Der Oberrheinrat stimmt der Resolution „Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitskriterien am Oberrhein“ zu.

Punkt 7

Arbeiten und Resolutionsentwürfe der Kommissionen

- 7.1. Kommission Landwirtschaft – Umwelt – Klima – Energie**
- 7.2. Kommission Verkehr – Raumordnung – Katastrophenhilfe**
- 7.3. Kommission Wirtschaft – Arbeitsmarkt – Gesundheit**
- 7.4. Kommission Kultur – Jugend – Bildung – Sport**

Präsident Josef Frey: Ich würde nun der Reihe nach die Kommissionsvorsitzenden bitten, über die Zukunftspläne und wie Sie in den vergangenen drei Monaten versucht haben, in ihrem jeweiligen Bereich zu arbeiten, zu berichten.

Herr Adrian, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Punkt 7.1.

Kommission Landwirtschaft – Umwelt – Klima – Energie

Herr Daniel Adrian (z. T. Dolmetscherübersetzung – Tonübertragungsprobleme): Herzlichen Dank. – Ich möchte mich vielleicht kurz erheben. Man kann mich besser sehen, wenn ich aufstehe. – Vielen Dank, dass Sie mir das Wort erteilen, Herr Präsident. – Zunächst einmal möchte Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sagen, wie froh ich bin, heute hier anwesend zu sein, dass ich auch alle wieder bei guter Gesundheit wissen kann. Das war nicht immer ganz klar. Insbesondere bin ich froh darüber, dass Sie vorhin Herrn Zoellé, den Bürgermeister von Saint-Louis, hier in Karlsruhe genannt haben; denn dessen Tod hat uns ja doch nicht gleichgültig gelassen.

Die Kommission hat sich im Jahr 2020 getroffen. Wir wollten uns im August im Nationalen Umweltzentrum in Weil wieder treffen. Im Umweltausschuss werden wir uns noch einmal treffen.

Innerhalb der Kommission Landwirtschaft – Umwelt – Klima – Energie geht es natürlich um die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik. Für Frankreich, für die Schweiz, für Deutschland gilt es ... Die Präfektin hat darauf hingewiesen, dass nicht überall die gleichen Bedingungen vorherrschen, obwohl es dafür europäische Regeln gibt. Da gibt es Unterschiede. Aber es ist für uns doch so wichtig, dass in unseren Bereichen ungefähr gleiche Bedingungen herrschen. Sicherlich können auch vonseiten unserer Kommission Vorschläge unterbreitet werden. Die Landwirte, insbesondere die jungen Landwirte, können auf der einen Seite des Rheins nicht genauso arbeiten wie auf der anderen.

Wir wollten Ihnen zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen einige Vorschläge unterbreiten ... [Er nennt einige Beispiele.] ..., die es sehr schnell anzuwenden gilt. ... Es geht um die Zukunft der Landwirtschaft, aber auch um die Zukunft der Biodiversität, meine Damen und Herren. Die Krise, die wir gerade durchlaufen haben, zeigt uns, wie dringend notwendig die lokale Produktion und die Zusammenarbeit ist. Damit man z. B. die bestmöglichen Lebensmittel einkaufen kann, brauchen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Punkt 7.4. Kommission Kultur – Jugend – Bildung – Sport

Herr Wolfgang Schwarz: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich freue mich natürlich sehr, dass wir uns einmal wieder von Angesicht zu Angesicht gegenüber sitzen und uns austauschen können. Das ist sehr schwer in dieser Coronapandemiezeit. Genauso schwer ist es momentan auch, in den Kommissionen zu arbeiten; denn

wenn man sich nicht direkt treffen kann, ist es sehr, sehr schwer, bestimmte Themen zu bearbeiten. Ich erinnere nur an unsere letzte Präsenzsitzung in der Kommission. Diese war am 15. April 2019. Es ist natürlich sehr schade, dass ein so großer Zeitraum dazwischenliegt. Es war zunächst eine Sitzung für September 2019 terminiert, die dann auf den 19. November 2019 gelegt wurde. Leider hätten an dieser Präsenzsitzung viele nicht teilnehmen können, sodass wir sie auch absagen mussten. Die nächste Sitzung war dann für den 23. März 2020 geplant. Ich muss Ihnen nicht sagen, weshalb diese Sitzung nicht als Präsenzsitzung stattfinden können.

Die Tagesordnung in unserer Kommission steht deshalb eigentlich schon sehr, sehr lange fest. Wir arbeiten aktuell – ich glaube, die beiden Punkte, die ich jetzt erwähne, könnten nicht aktueller sein als zu der Pandemiezeit – an der länderübergreifenden Anerkennung von Berufsabschlüssen. Zu diesem Thema haben wir auch schon einen Referenten, der uns dazu etwas sagt und eventuell auch, wie wir das Thema weiterbearbeiten können.

Der nächste Punkt ist die grenzüberschreitende Sportentwicklung am Oberrhein. Bei diesem Thema geht es weniger um Sportveranstaltungen, sondern vielmehr darum, dass große Projekte – ob das der Bau einer Sportstätte oder einer anderen Freizeiteinrichtung mit sportlichem Hintergrund ist – eventuell gemeinsam geplant werden, um diese so zentral zu legen, damit alle Länder davon profitieren können.

Wir beschäftigen uns natürlich auch mit der künstlichen Intelligenz. Hier ist der Sachstand so, dass wir in Rheinland-Pfalz alle Ministerien angesprochen haben oder ansprechen werden, damit uns diese mitteilen, wie die künstliche Intelligenz im jeweiligen fachpolitischen Bereich zurzeit bearbeitet wird, wie der Sachstand bei diesem Thema ist. Das Gleiche bieten wir auch unseren Freundinnen und Freunden aus der Schweiz, aus der Region Grand Est und aus Baden-Württemberg an, damit wir hier einmal sammeln und sehen, wo wir Gemeinsamkeiten oder Herausforderungen entdecken, die man künftig gemeinsam angehen kann.

Des Weiteren liegt mir als Kommissionsvorsitzendem, aber auch als Abgeordnetem im Landtag Rheinland-Pfalz ein Entwurf, eine Aufforderung zur Querfinanzierung des Unterrichts für Französisch und Deutsch am Oberrhein vor. Dies wird derzeit in Rheinland-Pfalz geprüft. Ich kann Ihnen aber sagen, dass das Thema mit ähnlichem Inhalt auch schon Gegenstand eines Antrags der AfD im Landtag Rheinland-Pfalz war. Zu diesem Antrag hat der zuständige Minister entsprechend Stellung genommen. Die Tendenz läuft in die Richtung, dass Rheinland-Pfalz vermutlich nicht mitmacht, da schon in diesem Aufruf zur Querfinanzierung ein Fixbetrag festgeschrieben wird. Das kann natürlich nicht Sinn der Sache sein.

Das ist mit wenigen Worten der aktuelle Stand bei uns in der Kommission. Für alle Anregungen von Ihnen, die wir aufnehmen könnten, sind wir natürlich dankbar. Aber auch Ideen, wie wir einzelne Punkte weiter differenzieren können, werden herzlich angenommen.

Herzlichen Dank.

Punkt 7.3

Kommission Wirtschaft – Arbeitsmarkt – Gesundheit

Frau Andrea Elisabeth Knellwolf: Herr Präsident! Die Kommission konnte coronabedingt auch nicht tagen. Die Sitzung war eigentlich für April geplant. Eine Umfrage bei den Kommissionsmitgliedern hat ergeben, dass vor der Sommerpause, vor dem Herbst keine Kommissionssitzung mehr stattfinden soll, weil die Einbindung in das Alltagsgeschehen in der Krise so stark war, dass man jetzt einfach einmal den Kopf und die Zeit freihaben wollte, um sich um diese real existierenden akuten Situationen kümmern zu können. Wir sind daran, die nächste Sitzung zu planen. Meine Idee wäre, dass diese im September oder Oktober stattfindet. Eine Terminumfrage wird demnächst erfolgen.

Die Themen sind natürlich zahlreich. Die Kommission Wirtschaft – Arbeitsmarkt – Gesundheit ist im Nachgang zur akuten Krise mit sehr vielen Fragestellungen konfrontiert. Es geht darum, aufzuarbeiten, was gut funktioniert hat, was nicht gut funktioniert hat, was die Erfahrungen sind und welche Verbesserungsvorschläge daraus erwachsen können. Ich glaube, die Arbeit geht uns nicht aus. Ich freue mich sehr darauf, diese Arbeit zusammen mit Ihnen angehen zu können, sobald sich die Zeiten ein bisschen beruhigt haben, sodass die Energie und die Kraft wieder da sind, um sich diesen Themen prospektiv widmen zu können.

Vielen Dank.

7.2. Kommission Verkehr – Raumordnung – Katastrophenhilfe

Herr Dr. Christoph Schnaudigel: Die Kommission Verkehr – Raumordnung – Katastrophenhilfe hat auch nicht getagt. Wir hätten einen Termin für den 27. März gehabt. Natürlich haben wir diesen Termin aus bekannten Gründen nicht stattfinden lassen. Wir haben aber schon einen Termin für die nächste Sitzung, und zwar am 2. Oktober. Hierfür muss die Raumfrage noch geklärt werden, aber ich bin fest gewillt, diese Sitzung – Stand heute – analog stattfinden zu lassen. Ich will keine Videokonferenz. Das kann man in dem einen oder anderen Fall einmal machen, aber ich denke, wenn wir wichtige Themen miteinander zu diskutieren haben, dann sollten wir uns auch persönlich treffen. Wir werden diese Sitzung durchführen. Wir werden versuchen, etwas von dem nachzuholen, was beim letzten Mal ausgefallen ist.

Wir wollten uns über den Ausbau der Schieneninfrastruktur im Oberrheingebiet, also auf der Strecke Karlsruhe–Basel, informieren lassen. Wenn ich allerdings sehe, dass der viergleisige Ausbau im Jahr 2035 beendet werden soll, gehe ich davon aus, dass wir

noch genügend Zeit haben, uns über dieses Thema in einer oder mehreren Kommissionssitzungen informieren zu lassen. Vergleichbares gilt natürlich auch für das weitere Vorgehen am Tunnel Rastatt.

Für uns wird natürlich auch das geplante grenzüberschreitende Nahverkehrskonzept zwischen Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, dem Saarland und der Region Grand Est von Interesse sein. Dort werden derzeit neue Schienenfahrzeuge bestellt; ein INTERREG-Antrag ist gestellt. Auch damit werden wir uns in der Kommission beschäftigen.

Dann ist bei uns – auf Anregung des Kollegen Scherer – noch das Thema „Grenzüberschreitende Busverbindungen am Oberrhein“ auf die Tagesordnung gekommen. Hierzu gibt es ein Förderprogramm des Landes Baden-Württemberg zu Regiobuslinien. Mit diesem Thema werden wir uns in der nächsten Kommissionssitzung auch beschäftigen.

Zum Thema „Missing Links“ habe ich ja vorhin schon Stellung genommen. Vielleicht können wir bis zum 2. Oktober eine Stellungnahme von französischer Seite bekommen, darauf reagieren und das dann vielleicht auch noch einmal an die deutsche Seite weiterleiten.

Was bei uns auch noch nicht zum Abschluss gekommen ist, ist das Thema Umweltplaketten. Wir haben von beiden Seiten Zustimmung zu unserer Resolution erhalten. Von deutscher Seite wurde angeregt – vom Staatsministerium Baden-Württemberg –, eine Bundesratsinitiative zu starten, um die gegenseitige Anerkennung der Umweltplaketten auf Bundesebene zu regeln. Das Staatsministerium hat diese Idee an das baden-württembergische Verkehrsministerium weitergeleitet. Bei uns klingeln immer etwas die Alarmglocken, wenn ein Ministerium etwas an ein anderes Ministerium weiterleitet. Da werden wir sicher auch noch einmal nachhaken und uns nach einem aktuellen Sachstand erkundigen, weil das Thema nicht nur in den Antworten auf unsere Resolution positiv beschieden werden soll, indem man sagt, dass das ein wichtiges Anliegen ist, sondern wir wollen eine konkrete Umsetzung, damit wir die Umweltplaketten auch bei uns im Oberrheinrat gegenseitig anerkannt bekommen.

Das ist unser Programm für die nächste Sitzung am 2. Oktober.

Herzlichen Dank.

Aussprache

Herr Rüdiger Klos: Ich habe eine Frage, und zwar wurde mir berichtet, dass nach der Havarie auf der Nord-Süd-Strecke im Schienenverkehr von französischer Seite von den Zugführern nicht nur Streckenkenntnis gefordert wurde, sondern auch die Beherrschung der französischen Sprache. Ich hatte das schon einmal angesprochen. Gibt es hierzu irgendwelche neuen Informationen?

Herr Dr. Christoph Schnaudigel: Es gibt tatsächlich unterschiedliche Anforderungen. Das ist richtig. Lkw-Fahrer unterscheiden sich von Lokomotivführern. Bei Lokomotivführern gelten strengere Voraussetzungen – auch sprachliche. Auch an diesem Thema sind wir dran. Es gehört zum Thema „Abbau der grenzüberschreitenden Hindernisse“. Aber es ist richtig, dass sie derzeit Sprachkenntnisse des jeweiligen anderen Landes benötigen, um als Lokomotivführer fahren zu können. Das erschwert die redundanten Verkehre. Wenn eine solche Havarie kommt, dann können sie teilweise nicht über französisches Territorium fahren.

Herr Dr. Klaus Schüle: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte drei Anmerkungen zu den vier Berichten machen.

Erstens: Bezugnehmend auf das, was Herr Schnaudigel gesagt hat: Noch einmal ein ganz herzliches Dankeschön – er hat es vorhin erwähnt – dafür, dass wir speziell beim TEN-V dranbleiben. Es gab auch einmal die Überlegung, ob es vielleicht möglich ist, im Rahmen der Europäischen Union ein Sonderprogramm „Missing Links“ hinzubekommen.

Das scheint aber aufgrund der aktuellen Lage im Augenblick noch schwieriger. Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir bei diesem Thema insoweit dranbleiben.

In diesem Zusammenhang aber auch ein klares Dankeschön – Brigitte Klinkert und Frau Schäfer haben es ja vorhin erwähnt –, denn wenn es jetzt unterschriftsreif ist, dass 3,5 Millionen € für eine vertiefte Machbarkeitsstudie für die Verbindung Colmar–Freiburg ausgegeben werden, ist das ein klares Bekenntnis. Es gab auch immer eine klare Unterstützung vom Oberrheinrat, von Ihnen, von allen und auch umgekehrt. Das möchte ich an dieser Stelle einfach dankbar anmerken. So kann man sich die Bälle zuspielen, und so werden wir, denke ich, auch bei Hagenau–Rastatt weiter gut voranschreiten.

Zweitens: Zum Thema Umweltplakette gibt es Überlegungen des Expertenausschusses Klima und Energie der Oberrheinkonferenz von Herrn Professor Kopf aus Rheinland-Pfalz, wie wir die Plaketten zusammenführen. Daran habe ich keinen Zweifel.

Drittens: Ich bin dankbar, dass Herr Schwarz das Thema „Grenzüberschreitende Berufsausbildung“ angesprochen hat. Es gab vor Kurzem eine Kontaktaufnahme – Frau Isinger ist ja auch unter uns – von französischer Seite. Wir müssen jetzt auch von baden-württembergischer und rheinland-pfälzischer Seite beim Thema rasch aktiv werden oder vielleicht noch aktiver werden, weil wir wissen, dass das Programm im Herbst, im September dieses Jahres ausläuft. Wir brauchen nach Möglichkeit einen Anschluss. Das hat seine Ursache darin, dass es in Frankreich in diesem Bereich eine Umorganisation gegeben hat. Deshalb, glaube ich, ist es sehr, sehr wichtig, dass wir genau diesen Punkt gemeinsam im Auge behalten und dass wir schauen, dass wir in den kommenden Monaten eine pragmatische Anschlussmöglichkeit in diesem Bereich bekommen und uns gemeinsam die Bälle zuspielen, wie es hier gut vorgeführt worden ist.

Herzlichen Dank.

**Punkt 8
Verschiedenes**

Jahresbericht 2019

Präsident Josef Frey weist auf den Tätigkeitsbericht des Oberrheinrats für das Jahr 2019 hin, der auf den Tischen ausliege.

Frau Claudine Ganter (Dolmetscherübersetzung): Natürlich haben Sie jetzt bereits das Dokument verteilt bekommen. Ganz kurz vielleicht: Ich möchte all den Teilnehmern danken, die an der Erstellung dieses Berichts beteiligt waren. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, auch dem Oberrheinrat, für die Unterstützung bei der Arbeit.

Es war wirklich ein wichtiges Jahresthema; das haben Sie bereits gesagt. Die Region Grand Est kümmert sich im Oberrheinrat, aber auch bei anderen grenzüberschreitenden Partnern um dieses Thema. In Freiburg findet demnächst eine Sitzung statt. Ein Thema, das dort angesprochen wird: Berichte nicht in den Medien, Entwicklung der Kommunikation im Oberrheinrat. Das ist vielleicht etwas, was nicht so sehr in der Presse erscheint: die Tätigkeit, die wir als Vorstand und im Ständigen Sekretariat haben. Es gibt eine Kommunikationsarbeit, die wir leisten müssen. Das ist Teil unseres Arbeitsauftrags. Ich denke, darauf müssen wir uns konzentrieren.

Vielen Dank, Herr Kleinert. Sie haben sich ja ebenfalls mit diesem Thema befasst.

Das war es eigentlich. Ich hoffe, dass wir den Bericht zur Kenntnis nehmen, und ich freue mich auf den Bericht 2020 und die Ergebnisse aus dem Jahr 2020.

Danke schön.

Präsident Josef Frey dankt Frau Ganter und führt aus, die heutige Sitzung habe deutlich

gemacht, dass eine wirkungsvolle grenzüberschreitende Zusammenarbeit nur funktioniert, wenn Legislative und Exekutive auf Augenhöhe kooperierten. Nur so könnten die besten Pässe gespielt werden, die dann im Tor landeten.

Die Stärkung des Gesundheitswesens könne als Versuch erfolgen, indem ein offener Erfahrungsaustausch über die vergangenen Monate geführt werde, der keine Tabus kenne, und indem im gegenseitigen Respekt Verbesserungsvorschläge gesammelt würden. Als oberstes Ziel gelte unabhängig von der Nationalität der Schutz der Menschen.

Die in Deutschland behandelten Patienten aus dem Ausland seien angesprochen worden. Möglicherweise müssten auch einmal deutsche Patienten in Frankreich oder in der Schweiz behandelt werden. Ein solches Verhalten sei alltäglich und könne und müsse sich auch in Pandemiesituationen wiederfinden. Das Verhalten müsse sich am Seuchengeschehen orientieren und nicht an den nationalen Grenzen. In Deutschland werde dies gegenwärtig geübt, da in einem anderen Bundesland ein Risikogebiet entstanden sei. Nun stelle sich die Frage, wie mit den Menschen umgegangen werden sollte, die aus diesem Gebiet in Nordrhein-Westfalen nach Baden-Württemberg kommen wollten. Diese Fragestellungen seien neu, müssten aber beantwortet werden und hätten auch beantwortet werden können.

Bei grenzüberschreitenden Betrachtungsweisen dieser Themen erwarte er, dass einige Mitgliedsstaaten den in der EU diskutierten „European Cross-Border Mechanism“ nicht länger blockierten. Dieser Mechanismus gäbe den Grenzregionen Möglichkeiten, eigene Rechtsgrundlagen zu schaffen, die grenzüberschreitend nutzbar seien, ohne die nationale Ebene immer einbeziehen zu müssen. So könnte teilweise der Pragmatismus aus der Schweiz im gesamten Oberrheingebiet angewandt werden. Er nehme mit Genugtuung die kantonale Kooperationsbereitschaft wahr, die sich verbessert habe, nachdem ein Nutzen darin erkannt worden sei, die Bettensituation zentral zu steuern. Dies ergebe in einer solchen Situation auch Sinn.

Er dankt allen, die diese Veranstaltung möglich gemacht hätten, allen voran Herrn Klei-
nert vom Ständigen Sekretariat, Herrn Böhm von der Landtagsverwaltung des Landtags
von Baden-Württemberg und alle weiteren Beteiligten, wie z. B. die Dolmetscher, die in
dieser Situation ebenfalls neue Regeln beachten müssten.

Er lädt die Mitglieder zu einem Stehempfang ein und schließt die Sitzung um 12:04 Uhr.

(Beifall)

-.-.-.-